



**UNSICHERE ZEITEN**                      **34. KONGRESS**  
**DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE**  
**FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA**  
**6–10 OKTOBER 2008**

**Soziologe: «Fest der Völker» als  
Zeichen für das Ende einer lebendigen Demokratie?**

**Politiker entmachten sich selbst – Bürger müssen sich engagieren**

Jena (11. September 2008) – Der Jenaer Soziologe Klaus Dörre sieht das sogenannte «Fest der Völker» der NPD am Samstag in Altenburg als ein Zeichen für das heraufziehende Ende einer lebendigen Demokratie. Das «Fest der Völker» dürfe man nicht als ein Einzelphänomen unterschätzen. Vielmehr sei das Erstarken der rechtsextremen Parteien ein Indikator für grundlegende Veränderungen in der Demokratie, behauptet der 51 Jahre alte Professor für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität. Die Soziologen sprechen gar davon, dass wir schon jetzt in einer nachdemokratischen Ära – einer sogenannten Postdemokratie – leben, in der die Regierung nur noch ein «institutioneller Idiot» ist. Zu Ihrer freien Verwendung ein Gespräch mit Klaus Dörre.

*Herr Prof. Dörre, Sie behaupten, an Veranstaltungen wie dem «Fest der Völker» zeige sich, dass unsere Demokratie auf ihr Ende zugeht. Ohne das Problem unterschätzen zu wollen: Bisher sind die Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien doch eher gering. Rechter Extremismus ist ein Randproblem. Ist ihre These nicht ein wenig überspitzt?*

Keineswegs. Das Problem ist nicht eine einzelne Veranstaltung wie das sogenannte Fest der Völker. Die extreme Rechte setzt auf einen Gewöhnungseffekt, sie will akzeptierter Bestandteil der Gesellschaft sein und nutzt dafür verbreitete Frustrationen über Politiker und demokratische Verfahren. Die These von der Postdemokratie stammt ursprünglich von dem bekannten britischen Sozialwissenschaftler Colin Crouch, der auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Anfang Oktober in Jena zu Gast sein wird. Sie besagt, dass wichtige Entscheidungen mehr und mehr von Akteuren getroffen werden, die demokratisch nicht legitimiert sind – etwa von den Vorständen großer Unternehmen und von ihren Lobbys. Demokratische Institutionen werden hingegen zunehmend hohl. Demokratie reduziert sich mehr und mehr auf bloße Wahlakte. Zwischen den Wahlen bestimmen Medien, Demoskopien und Lobbyisten den politischen Prozess. Auf diese Weise entfernen sich die demokratischen Systeme immer stärker vom Ideal einer lebendigen Demokratie, die auf aktiver Teilhabe, auf dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger beruht. Diesen Umstand macht sich die extreme Rechte zunutze. Die NPD versucht sehr gezielt, in der Zivilgesellschaft Fuß zu fassen.

*Sie sagen, der Glaube an die Demokratie bröckelt, weil die Menschen an der Fähigkeit ihrer gewählten Volksvertreter zweifeln, die massiven Probleme unserer Zeit zu lösen?*

Ja. Viele machen beispielsweise die Erfahrung, dass die soziale Ungleichheit trotz demokratischer Institutionen zunimmt. Dementsprechend geht das Engagement in den

wichtigsten Organisationen der Zivilgesellschaft – in Parteien und Gewerkschaften – seit Jahren zurück. Diese Entwicklung können Bürgerinitiativen und NGOs (Nichtregierungsorganisationen) nicht kompensieren. Bei diesen Akteuren handelt es sich zumeist um Ein-Punkt-Initiativen, die die Funktion von Programm-Parteien nicht übernehmen können. Insofern fehlt der Demokratie zunehmend ihr Lebenselixier: Das Engagement der Bürger in demokratischen Institutionen.

*Kann man das mit Zahlen belegen?*

Schauen Sie sich doch die Mitgliederentwicklung bei den großen Parteien und den Gewerkschaften an. Bei der SPD z.B. hat sich die Zahl der Mitglieder während der letzten Dekaden halbiert. Die Partei liegt unter dem Niveau, das sie vor der Brand-Ära allein in Westdeutschland hatte. Bei den Christdemokraten ist die Entwicklung ähnlich. Nur die Gewerkschaften haben sich nach Jahren dramatischer Mitgliederverluste in jüngster Zeit etwas stabilisieren können.

*Trotz Mitgliederverlust leben wir aber immer noch in einem demokratischen System. Und das Schöne an einer Demokratie ist doch: Wenn mir der eine nicht zusagt, wähle ich den anderen. Und notfalls schließe ich mich mit anderen zusammen, gründe eine neue Partei. Ja selbst der Schritt nach ganz rechts findet doch noch in unserem demokratischen System statt. Damit ist die Demokratie dann noch lange nicht am Ende. Wo liegt denn bitte das Problem?*

Im Verfall der politischen Öffentlichkeit, der sich z.B. darin zeigt, dass Demoskopen und Medien Kanzlerkandidaten küren, während Parteigremien und Mitglieder solche Entscheidungen nur noch nachzuvollziehen haben. Die demokratischen Institutionen bestehen fort, aber die Demokratie bewegt sich aber immer weiter von ihrem Ideal weg: einer maximalen Teilhabe der Bürger. Nicht minder bedeutsam ist die Erosion öffentlicher Leistungen. Dem liegt ein Staatsverständnis zugrunde, das die Produktion öffentlicher Güter einschränkt und das Behörden dem Muster privater Unternehmen nachzubilden sucht. Dieser Prozess ist zu einem Gutteil von den Politikern selbst verschuldet. Er macht die Regierung zu einem, wie Colin Crouch es ausdrückt, „institutionellen Idioten“. Hält dieser Prozess an, ist es relativ egal, wer auf der politischen Bühne den Idioten gibt. Demokratieverdrossenheit ist vorprogrammiert.

*Wenn unsere Politiker nur noch Marionetten sind – wer hat dann die Macht?*

Die Macht liegt bei den neuen ökonomischen Eliten im Umfeld der großen Unternehmen und der Finanzmarktakteure, die sich demokratischer Kontrolle zunehmend entledigen. Das ist aber kein Automatismus. Die These ist eher, dass sich die Politiker zu einem Gutteil selbst entmachten, weil sie mit einem Staatsverständnis, das sich den Funktionsprinzipien transnationaler Unternehmen annähert, Steuerungsmöglichkeiten aus der Hand geben.

*Was können die etablierten Parteien tun, um den Prozess der Entdemokratisierung aufzuhalten?*

Eine schwierige Frage. Manche Wissenschaftler machen sehr radikale Vorschläge. Etwa die Einrichtung von Bürgerparlamenten, die neben und in Ergänzung zu den parteidominierten professionalisierten Parlamenten bestehen und die eine gesetzgeberische Funktion bekommen sollen. Angedacht ist auch, die Parteifinanzierung direkt den Bürgerinnen und Bürger zu überantworten. Mit Crouch bin ich der Ansicht, dass die Revitalisierung von Gewerkschaften ein zentraler Punkt ist. Die Gewerkschaften müssen rasch lernen, neben ihrer Stammmitgliedschaft die wachsende Zahl prekär Beschäftigter, aber auch qualifizierter „moderner Arbeitnehmer“ angemessen zu vertreten. Für die Gewerkschaften wie auch für demokratische Parteien gilt, dass sie ein

konstruktives Verhältnis zu den sozialen Bewegungen etwa der Globalisierungskritiker finden müssen.

*Was können wir alle gegen den endgültigen Marsch in die Postdemokratie unternehmen?*

Uns engagieren. Etwa gegen das Fest der Völker. Wir müssen zeigen, dass die Kräfte der Zivilgesellschaft nicht erlahmt sind. Die Degeneration hin zur Postdemokratie ist kein Automatismus. Auch in Altenburg bietet sich eine Gelegenheit, das zu demonstrieren.

*Die Postdemokratie-These findet sich in: Colin Crouch. Postdemokratie. Frankfurt/M. Suhrkamp 2008. Crouch ist vom 6.-10. Oktober Gast auf dem Soziologie-Kongress in Jena. Am Dienstag, dem 7. Oktober wird er um 20 Uhr einen Vortrag zum Thema «The 21st century – The age of uncertainty?» (Carl-Zeiss-Straße 3, Hörsaal 1).*

Die Fragen stellte:

Oliver Hollenstein,

Pressesprecher 34. Kongress Deutsche Gesellschaft für Soziologie in Jena

[oliver.hollenstein@uni-jena.de](mailto:oliver.hollenstein@uni-jena.de)

0176-22865714

Klaus Dörre steht nach vorheriger Rücksprache mit dem Sekretariat unter 03641 – 945520 für Rückfragen zur Verfügung.

Klaus Dörre ist einer der beiden lokaler Veranstalter des «34. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie» vom 6. bis 10. Oktober 2008. Alle zwei Jahre findet das wichtigste Forum der Disziplin statt. In diesem Jahr erwarten die Organisatoren mehr als 1600 Teilnehmer, was den Kongress zur größten Jenaer Tagung des Jahres macht. Bei rund 450 Vorträgen und in zahlreichen Diskussionsrunden werden renommierte nationale und internationale Vertreter des Faches über die jüngsten Forschungsergebnisse diskutieren.

Zu den Gästen gehören unter anderem Journalist und Schriftsteller Günter Wallraff, der Münchener Soziologe Ulrich Beck, die amerikanische Politikwissenschaftlerin und Feministin Nancy Fraser, der Frankfurter Philosoph Axel Honneth sowie der französische Soziologe Robert Castel, der den viel diskutierten Begriff der «Prekarität», und sein Kollege Serge Paugam.

Ein ausführliches Programm, Hinweise zur Akkreditierung und weitere Informationen finden sie auf unserer Internetseite [www.dgs2008.de](http://www.dgs2008.de).



Klaus Dörre | Stephan Lessenich  
DGS KONGRESS 2008  
Deutsche Bundesbank  
BLZ 820 000 00  
Ktn 830 015 03



Margrit Elsner  
KONGRESS-KOORDINATION  
fon +49 (0)3641 94 55 33  
fax +49 (0)3641 94 55 22  
email: [margrit.elsner@uni-jena.de](mailto:margrit.elsner@uni-jena.de)

Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Institut für Soziologie  
SOZIOLOGIE KONGRESS  
Carl-Zeiss-Str. 2  
07743 Jena

[WWW.DGS2008.DE](http://WWW.DGS2008.DE)